

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

| | | |
|--|----------------------------|--------------------------|
| Gremium | | |
| Hauptausschuss | | |
| Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm | | |
| Datum 07.02.2019 | Beginn 17:05 Uhr | Ende 20:53 Uhr |

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

| | |
|---|---|
| Bosselmann, Ralf | Vertretung für Herrn Detlef Wapenhans |
| Kick, Hans-Werner Philipp, Gerd Schier, Klaus Peter Flüshöh, Oliver Müller, Michael Thier, Heinz Georg | anwesend bis 19:11 Uhr TOP A 8 Vertretung für Frau Christiane Sartor |
| Zeilert, Hans-Jürgen | Vertretung für Herrn Hans-Otto Lusebrink |
| Schwunk, Michael | Vertretung für Herrn Philipp J. Beckmann |
| Gießwein, Brigitta Gießwein, Marcel Burbulla, Johanna Stutzenberger, Olaf Bockelmann, Christian Dr. | anwesend bis 20:02 Uhr TOP A 16 |

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Jansen, Matthias
Mollenkott, Marion
Nowack, Simon
Peters, Hildegard

Rath, Christiane
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Söhner, Edeltraud
Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Wapenhans, Detlef

vertreten von Herrn Ralf
Bosselmann

Lusebrink, Hans-Otto

vertreten von Herrn Hans-Jürgen
Zeilert

Beckmann, Philipp J.

vertreten von Herrn Michael
Schwunk

Feldmann, Jürgen

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

vertreten von Herrn Heinz Georg
Thier

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Niederschriften zu den Sitzungen vom 11.10.2018 und 22.11.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -
- 4 Mitteilungen
- 5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
- 7 Bericht des Trägervereins Schwelmebad e.V.
- 8 Konzept Sauberkeit und Stadtbildpflege (interfrakt. Antrag v. 04.11.2018) 216/2018
- 9 Gleichstellungsplan 2019 bis 2024 008/2019
- 10 Umbesetzungen im Finanzausschuss, Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung, Sportausschuss, Sozialausschuss, Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Liegenschaftsausschuss und Kulturausschuss sowie Energiebeirat 010/2019
- 11 Neuausrichtung der Örtlichen Rechnungsprüfung
- 12 Gebäude der ehemaligen Gustav-Heinemann-Schule
- 12.1 Interfraktioneller Antrag vom 05.02.2019 - Prüfung Nachnutzung Gustav-Heinemann-Schule 022/2019
- 12.2 Zukunft des Gebäudes der ehem. Gustav-Heinemann-Schule 083/2018
- 12.3 Gebäude ehemalige Gustav-Heinemann-Schule 193/2018
- 13 Regionalplan Ruhr
- 13.1 Aufstellung des Regionalplans Ruhr Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.01.2019 182/2018/1/1
- 13.2 Aufstellung des Regionalplans Ruhr Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2019 182/2018/1/2

| | | |
|------|--|------------|
| 13.3 | Aufstellung des Regionalplans Ruhr 1. Bericht über die relevanten Änderungen für die Stadt Schwelm zur Kenntnis 2. Beschluss über die Stellungnahme der Stadt Schwelm zur Vorlage beim RVR | 182/2018/1 |
| 14 | Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung | |
| 15 | Abzusetzende Vorlagen | |
| 15.1 | Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 04.12.2018 zum Gebäude ehemalige Gustav-Heinemann-Schule | 218/2018 |
| 15.2 | Benennung einer Straße im Bebauungsplangebiet "Neues Wohngebiet Brunnen" | 004/2019 |
| 15.3 | Antrag der FDP-Fraktion vom 19.12.2018 zum Gebäude ehemalige Gustav-Heinemann-Schule | 219/2018 |
| 15.4 | Antrag der SPD Fraktion vom 06.08.2018 (Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung) - Einbringung des Antrages in den Sitzungszug | 120/2018/1 |
| 15.5 | Grüne Infrastruktur in Schwelm Antrag der SPD Fraktion vom 25.10.2018 | 200/2018/1 |

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Bürgermeisterin Gabriele Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Im Anschluss stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung unterbreitet sie folgende Vorschläge:

Die TOPe A 12.3 + 12.4 zum ehemaligen Gebäude GHS abzusetzen, da es sich bei den dort angeführten Fraktionsanträge lediglich um Anfragen gehandelt habe, die in der SchA-Sitzung am 29.01.2019 vollumfänglich beantwortet worden seien, den interfraktionellen Antrag zur Nachnutzung des Gebäudes der GHS mit Vorlage 022/2019 als TOP A 12.1 in die Tagesordnung einzugliedern sowie den FDP-Antrag vom 01.02.2019 zur Thematik Regionalplan Ruhr – VL 020/2019 – als Unterpunkt 16.2 in die Tagesordnung aufzunehmen und die anderen Unterpunkte entsprechend anzupassen.

Aufgrund der gestern abgesetzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung werde des Weiteren vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte A 13 bis 15 in den nächsten HA nach dem nächsten AUS zu vertagen und zunächst die Vorberatung im Fachausschuss erfolgen zu lassen.

Hierbei handle es sich um die Vorlagen

- 004/2019 = Benennung einer Straße im neuen Wohngebiet Brunnen
- 120/2018/1 = SPD-Antrag zur Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung
- 200/2018/1 = SPD-Antrag Grüne Infrastruktur

Zu TOP A 10 führt sie aus, dass die Vorlage zu den Ausschussumbesetzungen momentan in der Bearbeitung sei und in die Sitzung des Rates am 14.02.2019 eingebracht werde.

Sie bittet um Abstimmung über die vorgeschlagenen Änderungen.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

3 Niederschriften zu den Sitzungen vom 11.10.2018 und 22.11.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Frau Grollmann teilt mit, dass die Niederschriften zu den Sitzungen vom 11.10.2018 und 22.11.2018 allen Mitgliedern des Hauptausschusses rechtzeitig zugeleitet und

Einwände gegen Sie nicht vorgetragen worden seien.

Sie schlägt vor, die Kenntnisnahme der Niederschriften und das Nichtvorliegen von Einwänden gegen sie festzustellen und entsprechend zu protokollieren.

Gegen diesen Vorschlag wird kein Widerspruch erhoben.

Die Niederschriften wurde zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

4 Mitteilungen

Frau Grollmann teilt mit, dass die Sanierungsmaßnahmen am Schloss Martfeld im Bauzeitenplan liegen. Im Moment sei das Cafe am Martfeld geschlossen und sie sei guter Hoffnung, dass es im Frühsommer wieder geöffnet werden könne.

Weiter teilt sie mit, dass die Frühjahrsmesse am 6. und 7. April 2019 stattfindet.

5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt den anwesenden Einwohnern das Wort.

Frau Dr. Kryl als Vorsitzende des Bürgervereins Linderhausen e.V. stellt unter Bezugnahme auf den TOP A 13 „Regionalplan Ruhr“ fest, dass der grau schraffierte Bereich bereits 2015 als Suchraum definiert worden sei.

Sie fragt, wie viel Hektar der rotschraffierte Bereich umfasse. Weiter fragt sie, warum vorgesehen sei den Regionalplan befürwortend zu entscheiden, obwohl andere Pläne des RVR die Umwelt dieses Bereiches als besonderes schützenswertes Gut ausweisen. Ihre letzte Frage verbindet sie gleichzeitig mit der Bitte den Suchraum weiter zu bearbeiten.

Herr Guthier gibt die Kernaussagen der Vorlage wieder und betont, dass trotzdem untersucht werden müsse, auch wenn im Vorfeld schon eine Umweltprüfung stattgefunden habe. Da es hier Umwelteinwirkungen gebe, sei vorgreiflich zu sehen, da es zu einer Abwägung kommen werde. Die Veränderung des Suchraumes ergebe sich aus der Vorlage.

Herr Schweinsberg schließt an, dass die Verwaltung sich bemühe, die ausführliche Beantwortung der Fragen noch vor der nächsten Ratssitzung vorzunehmen und der Fragestellerin und zusätzlich den Fraktionen über die Fraktionspost zuzuleiten.

Herr Simon als betroffener Landwirt meldet sich zu Wort. Er fragt, wie es komme, dass ca. 98 ha als kommunales und nichtkommunales Gewerbegebiet ausgewiesen seien. Im Rahmen seines „Tages des offenen Hofes“ sei ihm signalisiert worden, dass seine Flächen zur weiteren Bewirtschaftung gesichert seien. Woher komme dieses Umdenken? Er verstehe die Haltung einiger Fraktionen nicht, welche im Vorfeld eine andere Sichtweise als den jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag signalisiert hätten.

Herr Guthier erwidert, dass mit der Ausweisung eines regionalen Kooperationsstandortes der Gemeinde ein Instrument an die Hand gegeben werde, Gewerbeflächen zu ermöglichen. Weiter wisse man zum heutigen Zeitpunkt nicht, ob sich der Regionalverband Ruhr Ende 2020 dem anschließe. Hier und heute befinde man sich erst in der Beratung und Beschlussfassung zur Stellungnahme zum Regionalplan. Abschließend betont Frau Bürgermeisterin Grollmann, dass sein Anliegen weitergetragen und seine Botschaft entsprechend platziert worden seien.

Herr Grütz fragt, von welcher Institution letztendlich die Initiative ausgegangen sei. Weiter nimmt er Bezug auf die Vorlage 182/2018/1/2 und dort auf die Entwicklung weiterer Ortsteile wie zum Beispiel Linderhausen. Das Wohngebiet könne aus seiner Sicht nicht erweitert werden, das Gewerbegebiet schon. Auch stellte er die Frage nach einem Luftgutachten. Eine Messstelle gebe es aus seiner Sicht nicht. Eine solche Planung werde doch nur angestoßen, wenn man sich einen volkswirtschaftlichen Nutzen davon verspreche.

Herr Schweinsberg bittet im Namen der Verwaltung Herrn Grütz aufgrund der sehr detaillierten Nachfragen um schriftliche Einreichung und sagt eine zeitnahe Beantwortung zu.

6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

Frau Grollmann begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Sprock als Vertreter des Behindertenbeirates und erteilt ihm das Wort.

Herr Sprock stellt die Arbeit des Behindertenbeirates des vergangenen Jahres vor und nimmt Bezug auf verschiedene Projekte. Beispielfhaft nennt er hier „100 Rampen für Schwelm“. Weiter führt er aus, dass der Behindertenbeirat zu Projekten wie das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) oder den Rathausneubau gehört wurde.

Bezugnehmend hierzu regt er an im Untergeschoss des neuen Rathauses eine öffentliche Toilette zu planen, die auch außerhalb der Öffnungszeiten der Verwaltung durch Rollstuhlfahrer mit Hilfe eines „Euroschlüssels“ geöffnet werden könne. Ebenso solle ein witterungsunabhängiger Behindertenparkplatz mit in die Überlegungen einfließen.

Zum Abschluss seines Berichtes regt er eine Umbenennung in „Beirat für Menschen mit Behinderung“ an und dankt der Stadtverwaltung und insbesondere Herrn Koch für die konstruktive Zusammenarbeit der letzten Monate.

Frau Grollmann sichert eine Prüfung der formalen Schritte zu, die mit einer Umbenennung einhergehen.

Herr Gießwein bittet für die Zukunft um Zusendung des Berichtes im Vorfeld. So sei sichergestellt, dass die wertvolle Arbeit des Beirates ihre entsprechende Würdigung im Vorfeld der Sitzung finde.

Herr Koch ergänzt den Bericht des Herrn Sprock und stellt seine Arbeit als Behindertenkoordinator der Stadt Schwelm vor. *Der Bericht ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.*

Herr Stutzenberger fragt, welche Anregungen der Beirat konkret an das Planungsbüro gegeben habe. Nur in Kenntnis derer könne die Politik auch die Umsetzung nachhalten.

Herr Schweinsberg sichert die Übersendung des Protokolls mit der Niederschrift zu. *Die Niederschrift über die Beteiligung des Behindertenbeirates ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

Zum Abschluss regt Frau Grollmann an, den Behindertenkoordinator analog zur Umbenennung des Beirates in Koordinator für Menschen mit Behinderungen umzubenennen.

7 Bericht des Trägervereins Schwelmebad e.V.

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt an Herrn Schweinsberg. Herr Schweinsberg führt im Auftrage der Verwaltung aus, dass es seitens Herrn Siepmann keine Unklarheit in den Verträgen gebe. Es gehe lediglich um die Passage „Großreparaturen“. Dem Wunsch nach rechtzeitiger Zusendung der Zahlen für die Sanierung des Kinderschwimbeckens sei aus verschiedenen Gründen nicht entsprochen worden.

Frau Grollmann erteilt Herrn Siepmann das Wort. Herr Siepmann berichtet über die Tätigkeiten des Trägervereins und die damit verbundenen finanziellen Belastungen. *Die verlesenen Zahlen werden dem Protokoll beigefügt.*

Frau Grollmann bedankt sich bei Herrn Siepmann für seine Ausführungen und fragt, ob es noch Anmerkungen zu dem vorgestellten Bericht gebe.

Herr Schwunk bedankt sich bei den vielen Unterstützern des Trägervereins Schwelmebad e.V., dem es gelungen sei, den Freibadbetrieb über 10 Jahre aufrechtzuerhalten. Er stellt mündlich den Antrag, dass die Kosten für die Sanierung des Kinderschwimbeckens durch die Stadt Schwelm übernommen werden.

Herr Stutzenberger entgegnet, dass der Zuschuss schon erhöht worden sei und hier nur die Differenz zu tragen wäre.

Herr Schweinsberg erläutert, dass der Zuschuss in Höhe von 15.000 € mit einem Sperrvermerk zugunsten des Hauptausschusses versehen sei.

Nach kurzer Diskussion bittet Frau Grollmann um Abstimmung über den mündlich gestellten Antrag der FDP Fraktion.

Beschluss

Dem Trägerverein Schwelmebad werden gegen Nachweis zur Fertigstellung des Kinderschwimbeckens 26.500 € zur Verfügung gestellt.

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | dafür | 0 |
| | dagegen: | 0 |
| | Enthaltungen: | 12 |

Herr Philipp war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**8 Konzept Sauberkeit und Stadtbildpflege (interfrakt. 216/2018
Antrag v. 04.11.2018)**

Frau Grollmann begrüßt Herrn Flocke in seiner Funktion als Verwaltungsvorstand der Technischen Betriebe Schwelm und bittet ihn, sein Konzept zu erläutern. *Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.*

Nach dem Vortrag des Herrn Flocke bedankt sich Herr Gießwein für die Ausführungen. Ihm fehle jedoch der grundlegende präventive Ansatz. Größere Müllbehälter reichen ihm da nicht. In der Vergangenheit seien die Müllbehälter reduziert worden und aus seiner Sicht müsse hier nachgesteuert werden. Er plädierte für die Wiedereinführung der Hundekotbeutel. In Frage stellt er auch die Ausstattung mit 2 Vollzeitstellen. Anschließend nimmt Herr Gießwein Stellung zu dem Vorhaben, ein Fahrzeug mit Dieselmotor (Sprinter) anzuschaffen.

Er stellt mündlich den Antrag, dass die technischen Betriebe Schwelm anstelle des Fahrzeugs aus dem Konzept ein Fahrzeug mit alternativem Antrieb anzuschaffen.

Herr Schwunk führt aus, dass er in fast allen Punkten Herrn Gießwein zustimmen könne. Allerdings sei es für ihn kein Konzept und er fordere einen ganzheitlichen Ansatz bei dem auch die Bürgerschaft mitgenommen werde. Für ihn sei ein Katalog präventiver Maßnahmen grundlegend. Er bittet Herrn Flocke um Nachsteuerung und fordert ihn hierzu nachhaltig auf.

Herr Flüshöh begrüßt das Konzept und führt aus, dass es zum jetzigen Zeitpunkt reiche, einen Rahmen hinsichtlich Materials und personellen Einsatzes festzulegen. Für ihn gelte es, erst mal anzufangen und daher werde seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen. Bezugnehmend auf den Antrag des Herrn Gießwein möchte er an dieser Stelle keine Grundsatzdiskussion führen und daher werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Kick gibt im Namen seiner Fraktion die volle Zustimmung zu dem Konzept. Auch für ihn gelte es, zunächst anzufangen und dann im Prozess nachzusteuern.

Herr Dr. Bockelmann unterstützt den Antrag des Herrn Gießwein. Es sei ein Signal nach außen.

Herr Schwunk stellt mündlich den Ergänzungsantrag: Die Technischen Betriebe Schwelm legen zum nächsten Sitzung des Hauptausschusses einen Katalog präventiver Maßnahmen vor.

Herr Gießwein führt aus, dass es sich um eine freiwillige Leistung handele und stimmt Herrn Dr. Bockelmann zu, dass die Anschaffung eines Fahrzeuges mit alternativem Antrieb ein Aushängeschild sei. Aus seiner Sicht könne nach der Ratssitzung gestartet werden.

Frau Burbulla spricht sich dafür aus, zunächst mit dem Konzept zu beginnen und in einem zweiten Schritt über das Fahrzeug zu diskutieren.

Herr Dr. Bockelmann betont nochmals, dass ein altes Fahrzeug mit Folgekosten verbunden sei und alternative Antriebe die Politik zukünftig beschäftigen werden.

Frau Grollmann gibt den Hinweis, dass es auch Zuschüsse für Lastenfahrräder gebe.

Herr Stutzenberger äußert, dass man generell über alternative Antriebe bei der städtischen Fahrzeugflotte nachdenken müsse. Für das CityTeam wäre es noch nicht zwingend, aber zukünftig müsse es diskutiert werden.

Herr Schier sieht es als kritisch an, dass dem Auftragnehmer ein Budget zur Verfügung gestellt werde, mit dem er auskommen müsse. Wenn man über Fahrzeuge mit alternativem Antrieb nachdenke, dann müsse man als Auftraggeber auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Herr Müller bedauert es, dass ein interfraktioneller Antrag so „ins Klein Klein“ zerredet werde.

Herr Gießwein stellt nochmals klar, dass niemand über eine Personalkürzung oder geringere Bezahlung gesprochen habe. Der alternative Antrieb sei gesünder. Konsequenterweise müsse man auch beim Bauen darüber nachdenken.

Herr Flocke führt aus, dass man sich selbstverständlich mit alternativen Antrieben beschäftigt habe. Die Wartezeit betrage jedoch Monate. Dies gelte ebenso für Lastenfahrräder, die in ihrer Konzeption noch nicht voll ausgereift seien.

Kleine zusätzliche Müllbehälter und Hundekotbeutel seien für ihn Punkte des gemeinsamen Nachsteuerns im Prozess. Mehr Sauberkeit könne auch mehr Behälter heißen. Er appelliert an die Mitglieder des Hauptausschusses, Vertrauen in die Technischen Betriebe zu setzen und diese starten zu lassen.

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung über den mündlich gestellten Antrag des Herrn Gießwein auf:

Die technischen Betriebe Schwelm schaffen ein Fahrzeug mit alternativem Antrieb anstelle des Fahrzeuges aus dem Konzept an.

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 4 |
| | dagegen: | 9 |
| | Enthaltungen: | 2 |

Herr Flüshöh war während der Abstimmung nicht anwesend.

Weiter ruft sie zur Abstimmung über den mündlich gestellten Antrag des Herrn Schwunk auf:

Die Technischen Betriebe Schwelm legen zum nächsten Sitzung des Hauptausschusses einen Katalog präventiver Maßnahmen vor.

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 6 |
| | dagegen: | 9 |
| | Enthaltungen: | 0 |

Herr Flüshöh war während der Abstimmung nicht anwesend.

Danach ruft sie zur Abstimmung über die Vorlage 216/2018 auf.

Beschluss:

Die TBS werden beauftragt, das in Vorlage 216/2018 dargestellte Konzept zur Sauberkeit und Stadtbildpflege umzusetzen und hierfür die personellen und technischen Voraussetzungen insoweit zu schaffen, dass ein Start im Mai 2019 erfolgt.

Die TBS werden gebeten, im Herbst 2019 einen Sachstandsbericht vorzulegen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei der Genehmigung von Veranstaltungen eine verpflichtende Vorgabe für das Bereitstellen ausreichender Abfallbehältervolumina und die abschließende Reinigung der Veranstaltungsfläche zu ergänzen.

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | dafür | |
| | dagegen: | |
| | Enthaltungen: | 3 |

9 Gleichstellungsplan 2019 bis 2024

008/2019

Frau Grollmann teilt mit, dass die Behandlung des Tagesordnungspunktes in den Rat verschoben werden solle, da die auskunftsfähige Mitarbeiter*innen nicht anwesend seien.

Frau Gießwein stellt einen Vertagungsantrag in den nächsten Hauptausschuss, da sie den Austausch mit der Gleichstellungsbeauftragten wünsche.

Frau Grollmann weist darauf hin, dass die Federführung nicht bei der Gleichstellungsbeauftragten, sondern durch eine Gesetzesänderung bei dem FB 1 liege. Danach lässt sie über den Vertagungsantrag in den nächsten Hauptausschuss abstimmen:

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | Enthaltungen: | 3 |

10 Umbesetzungen im Finanzausschuss, Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung, Sportausschuss, Sozialausschuss, Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Liegenschaftsausschuss und Kulturausschuss sowie Energiebeirat

010/2019

Frau Grollmann erläutert, dass aus der Vorlage 010/2019 verschiedene Ausschussumbesetzungen ersichtlich seien. Diese Auflistung sei jedoch zwischenzeitlich überholt. Daher schlägt sie eine Vertagung in den Rat vor. Dem Vorschlag wird einstimmig gefolgt.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

11 Neuausrichtung der Örtlichen Rechnungsprüfung

Nach Eröffnung des Tagesordnungspunktes beantragt Herr Müller die Vertagung in die nächste Sitzung des Hauptausschusses.

Herr Gießwein weist darauf hin, dass zum Zeitpunkt der nächsten Sitzung des Hauptausschusses der Sachverhalt ggfls. bereits entschieden sei.

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf:

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | Enthaltungen: | 3 |

12 Gebäude der ehemaligen Gustav-Heinemann-Schule

Frau Grollmann ruft den Themenkomplex zum ehemaligen Gebäude der Gustav-Heinemann-Schule mit den Unterpunkten 12.1 – 12.3. auf. Hier stehen der gemeinsame interfraktionelle Antrag mit der Vorlagennummer 022/2019 und die Vorlagen der Verwaltung mit den Vorlagennummern 083/2018 und 193/2018 zur Beratung und Abstimmung. Die Unterpunkte 12.4. und 12.5. wurden zu Beginn der Sitzung abgesetzt, da die Beantwortung vollumfänglich im Schulausschuss erfolgt sei.

Danach erteilt sie den antragstellenden Fraktionen das Wort.

Herr Schwunk stellt klar, dass die FDP-Fraktion einer Nutzung der Gustav-Heinemann-Schule nur in Verbindung mit einer Sanierung zustimmen werde. Er zeigt sich verwundert, dass die große Sporthalle an der Stadtgrenze nicht für Schulsport zur Verfügung stehe. Die Notlage des Gymnasiums hinsichtlich des Schulsports sei aus seiner Sicht mit einer 2. Turnhalle gelöst.

Frau Grollmann unterstreicht ebenfalls, dass die Nutzung der Gustav-Heinemann-Schule erst nach einer Sanierung in Betracht käme.

Herr Philipp erläutert die zusätzlichen Ergänzungen der SPD-Fraktion, die in Form einer Pressemitteilung zur Kenntnis gegeben wurden.

Herr Schweinsberg teilt mit, dass Schulsport in der als Betrieb gewerblicher Art geführten Halle grundsätzlich möglich sei. Dies aber die Steuerabzugsfähigkeit mindere und der Rat der Stadt Schwelm Schulsport per Beschluss ausgeschlossen habe.

Herr Dr. Bockelmann regt an, nochmals alle Schulleitungen hinsichtlich eventueller Bedarfe abzufragen. Sollte die Turnhalle West wieder ertüchtigt werden, dann nur für den Schulsport. In dem Zusammenhang wirft er die Frage auf, inwiefern dies dann noch eine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme sei.

Herr Schweinsberg antwortet direkt, dass seitens der Bezirksregierung ausreichend Zeit für eine umfassende Prüfung aufgrund der nunmehr neueingetretenen Situation gegeben werde.

Herr Kick greift die Rede des Herrn Philipp nochmals auf und erläutert, dass die SPD Fraktion den Antrag nicht gemeinsam mit den anderen Fraktionen gestellt habe, da die Zeit gefehlt habe, alle Alternativen durchzuprüfen. Er möchte die Pressemitteilung nicht als eine Ergänzung zum Antrag, sondern als eine Erläuterung verstanden wissen.

Frau Grollmann schlägt folgende Verfahrensweise nach der Abstimmung über die Vorlage 022/2019 vor.

Dem Vorschlag des Herrn Thomas eine Arbeitsgruppe zu initiieren solle gefolgt werden. Ziel dieser Arbeitsgruppe sei es, gemeinsam mit den Schulleitungen, Elternpflegschaften und dem Fachbereich Schule, Kultur und Sport ein ausgereiftes Konzept auf der Grundlage des Schulentwicklungsplans zu erarbeiten.

Diesem Vorschlag wird einvernehmlich gefolgt und Frau Grollmann ruft zur Abstimmung über die Vorlage 022/2019 auf.

12.1 Interfraktioneller Antrag vom 05.02.2019 - Prüfung 022/2019 Nachnutzung Gustav-Heinemann-Schule

Die Behandlung dieses Punktes ist durch den gemeinsamen Aufruf des Themenkomplexes zum ehemaligen Gebäude der Gustav-Heinemann-Schule erfolgt.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zusammenführung der Gemeinschaftsgrundschule Engelbertstraße sowie der Erprobungsstufe des Märkischen Gymnasiums Schwelm (Klassen 5 und 6) in dem Gebäude der ehemaligen Gustav-Heinemann-Schule umfassend und unter allen notwendigen räumlichen und finanziellen Aspekten zu prüfen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Fördermittelgeber zu klären, ob und inwieweit auf eine Rückzahlung von Fördergeldern, die zum Um- und Ausbau der Gemeinschaftsgrundschule Engelbertstraße verwendet wurden, verzichtet werden kann.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

12.2 Zukunft des Gebäudes der ehem. Gustav-Heinemann-Schule 083/2018

Die Vorlage dient der Information zum Themenkomplex Gustav-Heinemann-Schule.

12.3 Gebäude ehemalige Gustav-Heinemann-Schule 193/2018

Die Vorlage dient der Information zum Themenkomplex Gustav-Heinemann-Schule.

13 Regionalplan Ruhr

Frau Grollmann ruft den Themenkomplex Regionalplan Ruhr auf.

Herr Gießwein eröffnet die Beratung und führt aus, dass der Regionalplan dazu diene, dass die Stadt Schwelm sage, wie sie sich ihre Flächenentwicklung vorstelle.

Er bittet die Diskussion darauf zu richten, was konkret von Schwelm gefordert sei.

Herr Guthier greift die Fragen aus TOP A 5 „Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung“ auf. Dem Anliegen des Herrn Simon werde insofern Rechnung getragen, dass der Suchraum für den Regionalen Kooperationsstandort erweitert werden solle. Der regionale Grünzug solle wenn möglich erhalten bleiben.

Die Aufgabe der Verwaltung sei es, die Politik mit ergänzenden Informationen zu versehen. Dem trage die Vorlage der Verwaltung Rechnung.

Herr Schwunk erklärt, dass es sich um zwei Themengebiete handle. Zum einen um die Gewerbeflächen und zum anderen um die Wohnbebauung. Außerdem ginge es noch um den Kooperationsstandort, welcher nicht auf die kommunalen Gewerbeflächenreserven anzurechnen sei.

Mit dem Regionalplan schaffe man Chancen und Potentiale für die Zukunft. Er stellt ausdrücklich fest, dass hier kein Bebauungsplan beraten werde. Man brauche die Flächen außerhalb des allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) hinsichtlich der Wohnbebauung. Aus seiner Sicht solle der ASB ausgedehnt werden, um neue Bereiche zu schaffen.

Herr Guthier nimmt Stellung zum Antrag der FDP-Fraktion und stellt die Frage, welche Flächen hier in Rede stehen. Die beiden in Frage kommenden Parzellen seien nämlich in weiten Teilen bereits im Regionalplan als ASB berücksichtigt. Die Verwaltung versuche für die nächsten 5-10 Jahre Bewegungsfreiheit zu schaffen. Regionalplanung funktioniere in zwei Richtungen. Auch der Regionalverband Ruhr (RVR) schaue, was Schwelm bisher an Flächen entwickelt habe.

Herr Müller betont, dass man hier die Stellungnahme zur Planung des RVR berate. Es sei zu diskutieren an welchen Stellen man dem folgen könne und an welchen nicht. Für ihn sei es sinnvoll, sich die Planungshoheit offen zu halten. Er werde sich der Vorlage der Verwaltung anschließen.

Herr Schier begrüßt es, dass die Verwaltung hier beratend tätig geworden sei. Seiner Meinung nach stimme die Politik darüber ab, sich 20-30 Jahre Planungssicherheit zu erhalten. Der Bereich des Kooperationsstandorts sei lediglich als ein Suchgebiet zu verstehen. Es stehe nicht fest, ob dort jemals gebaut werde. Im Falle einer Nichtzustimmung werde zukünftigen Generationen die Planungssicherheit genommen.

Herr Stutzenberger plädiert dafür, dass der Grünzug unbedingt zu erhalten sei. Aus seiner Sicht werde mit einem Plan auch geplant, wenn es ihn einmal gibt. Er werde der Vorlage der Verwaltung so nicht zustimmen.

Herr Schweinsberg erläutert nochmals das grundlegende Verfahren des Regionalplans und dass es für Schwelm als flächenkleinste Kommune NRWs wichtig sei, Flächen anzubieten.

**13.2 Aufstellung des Regionalplans Ruhr
Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2019**

182/2018/1/2

Mit dem Aufruf der Vorlage 182/2018/1/2 zur Abstimmung stellt Herr Schwunk den Antrag auf Vertagung in den Rat. Diesem Antrag wird einstimmig gefolgt.

**13.3 Aufstellung des Regionalplans Ruhr
1. Bericht über die relevanten Änderungen für die
Stadt Schwelm zur Kenntnis
2. Beschluss über die Stellungnahme der Stadt
Schwelm zur Vorlage beim RVR**

182/2018/1

Beschlussvorschlag:

1. Kenntnisnahme des Berichts (Teil 1 dieser Vorlage) über die geplanten und für die Stadt Schwelm relevanten Änderungen des Regionalplans.
2. Beschluss der erarbeiteten Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 5) zur Vorlage beim Regionalverband Ruhr (RVR) im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) NRW zur Neuaufstellung des Regionalplanes.
3. Beschluss der erarbeiteten interkommunalen Stellungnahme (Anlage 6) zur Vorlage beim Regionalverband Ruhr (RVR) im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) NRW zur Neuaufstellung des Regionalplanes.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die zuvor beschlossenen Stellungnahmen (Stellungnahme der Verwaltung und interkommunale Stellungnahme) dem RVR vorzulegen.

Abschließend ruft Frau Grollmann zur Abstimmung über die Vorlage 182/2018/1 in ihren einzelnen Beschlusspunkten auf.

Punkt 1: Kenntnisnahme

Punkt 2:

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 8 |
| | dagegen: | 4 |
| | Enthaltungen: | 2 |

Punkt 3:

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 10 |
| | dagegen: | 4 |
| | Enthaltungen: | 0 |

Punkt 4:

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 10 |
| | dagegen: | 4 |
| | Enthaltungen: | 0 |

14 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

keine

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 17 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

| | | |
|--------------|--------------------------------------|--|
| Schwelm, den | Schritfführerin gez. Liebscher | Die Bürgermeisterin gez. Grollmann |
|--------------|--------------------------------------|--|